

II-288 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 227/13

1990-12-20

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Moser, Mag. Haupt  
an den Bundesminister für Justiz  
betreffend vollständige Entschädigung für die Enteignung des  
Truppenübungsplatzes Allentsteig

Die Anfragesteller wurden von mehreren Seiten darauf hingewiesen, daß eine größere Personengruppe für die Enteignung ihrer Grundstücke im Raum Allentsteig/Döllersheim entweder niemals eine Entschädigung erhalten hat oder die als Ersatz angebotenen Liegenschaften - weil sie arisiertes Besitztum waren - nach dem Zweiten Weltkrieg wieder verlor.

Wenngleich die Schaffung des Truppenübungsplatzes Allentsteig in die Zeit des Zweiten Weltkrieges fällt und die österreichische Verfassung noch immer entschädigungslose Enteignungen ermöglicht, sind die unterzeichneten Abgeordneten doch der Ansicht, daß hier ein Unrecht vorliegt, das einer staatlichen Regelung bedarf. Mit der Maxime der Gerechtigkeit ist insbesondere nicht in Einklang zu bringen, daß einzelne Grundeigentümer zum Teil voll - entweder noch unter dem NS-Regime oder auch durch die Rückstellungsgesetze der Republik Österreich - entschädigt wurden, und andere letztlich keinerlei Ausgleich für ihre verlorenen Liegenschaften erhielten; überdies zieht die Republik Österreich aus dem Bestand des Truppenübungsplatzes Allentsteig schon seit Jahrzehnten ihren Nutzen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Entspricht es Ihrem Gerechtigkeitssinn, daß ein Teil der Personen, deren Liegenschaften für die Errichtung des Truppenübungsplatzes Allentsteig enteignet wurden, nach wie vor ohne Entschädigung ist?
- 2) Werden Sie eine Bereinigung dieses alten und die Betroffenen sehr belastenden Unrechts einleiten?
- 3) Wenn ja, wann ist mit einer diesbezüglichen Initiative zu rechnen?